

Bye bye Zuverdienerin – Voraussetzungen für Eigenständige Existenzsicherung heute

Astrid Rothe-Beinlich, Frauenpolitische Sprecherin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Mitglied im Bundesvorstand und Landessprecherin Thüringen

„Wir setzen auf soziale Sicherheit und gerade deshalb auf den Mut zum Wandel. Soziale Sicherheit braucht den Wandel. Und der Wandel braucht seinerseits neue Formen der Sicherung. Das eine geht nicht ohne das andere. Die gerechte Verteilung der wichtigen gesellschaftlichen Güter ist Kernbestandteil bündnisgrüner Politik.“ Diese Feststellung unseres Grundsatzprogramms stimmt nach wie vor – auch und gerade mit Blick auf Geschlechtergerechtigkeit und erfordert entsprechende Antworten, um unser Selbstverständnis von „Gleichstellung – Keine Frage!“ auch praktisch wirksam werden zu lassen.

Rollenstereotypen und strukturelle Benachteiligung bestimmen den Alltag

In Deutschland sind Rollenstereotypen und Ungleichheiten nach wie vor an der Tagesordnung – besonders drastisch zeigt sich dies bei der nahezu schreienden Lohnungerechtigkeit, der Macht und Ressourcenverteilung zwischen den Geschlechtern, aber auch in der Struktur unserer sozialen Sicherungssysteme. Von echter Gleichstellung, sprich gesellschaftlich akzeptierter Wahlfreiheit und diskriminierungsfreier Teilhabe von Frauen in allen Bereichen sind wir noch immer meilenweit entfernt

Wir Bündnisgrünen stehen wie keine andere politische Kraft für die Eigenständige Existenzsicherung als zentrales arbeitsmarkt- und frauenpolitisches Ziel. Wir meinen: Es muss endlich Schluss sein mit der Vorstellung von der Frau als „abgeleitetem Wesen“ – in allen Politikbereichen, denn nur so kann die Gleichstellung von Frauen und Männern endlich Wirklichkeit werden.

Individuelle Rechtsansprüche und Eigenständige Existenzsicherung jetzt!

Voraussetzung dafür sind der eigenständige Rechtsanspruch aller Menschen (gleich welchen Geschlechts) auf soziale Absicherung und grundsätzliche individuelle Ansprüche auf Leistungen, die armutsfest sein müssen und die Existenzsicherung wie das Recht auf Teilhabe gleichermaßen beinhalten. Dieser Individualisierung stehen die an die Ehe gebundenen Privilegien im Steuersystem und in den Sozialversicherungen entgegen. Ehegattensplitting, die Steuerklassen 3 bis 5 und bestimmte Regelungen in der Renten- und

Krankenversicherung zielen noch immer auf ein überholtes „Alleinernährer-Modell“ und befördern die Nicht- oder Teilerwerbstätigkeit - vor allem von Frauen. Als Folge treten häufig nicht existenzsichernde Einkommen und Renten sowie dauerhafte Abhängigkeit vom Partner/ der Partnerin oder vom Staat ein.

Gerechtigkeit im Geschlechterverhältnis!

Der Zugang zur aktiven Arbeitsmarktförderung muss insbesondere Frauen, auch wenn sie lange nicht erwerbstätig waren oder aufgrund der Partnereinkommen aus dem ALG-II Bezug fallen, selbstverständlich offen stehen, um ihnen den Einstieg in existenzsichernde Erwerbsarbeit zu ermöglichen.

Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur sicherstellen!

Auch der zügige flächendeckende Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten mit frühkindlicher Bildung von Anfang und von Ganztagschulen, die individuell fördern, ist nicht nur aus bildungspolitischer, sondern auch aus Gleichstellungssicht von entscheidender Bedeutung. Er ist ein wichtiger Beitrag für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer.

Frauen verdienen 100 Prozent und Sozialversicherungsschutz!

In Deutschland beträgt der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern bei gleichwertiger Arbeit auch 50 Jahre nach Abschluss der Römischen Verträge im Schnitt 22 Prozent. Gerade in der Pflege und in der Frühkindlichen Bildung, aber auch in vielen anderen frauentypischen Berufen ist die Bezahlung so niedrig, dass Frauen überdurchschnittlich häufig zusätzlich Transferleistungen in Anspruch nehmen müssen, obwohl sie Vollzeit arbeiten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern ein Ende dieser gravierenden Lohnunterschiede und Sozialversicherungsschutz auch und gerade für Frauen in prekären Beschäftigungsverhältnissen.

Wir stehen für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit und machen uns zudem für ein Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft stark. Außerdem streiten wir für die Einführung von Mindestlöhnen.

Arbeit, Verantwortung und Macht gerecht verteilen!

Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik ist nicht nur eine Frage von Demokratie und Gerechtigkeit sondern auch ein wirtschaftlicher Erfolgsfaktor. Dass Unternehmen, die von Frauen und Männern gleichberechtigt geführt werden, erfolgreicher sind, ist längst erwiesen.

Hinzu kommt: Frauen sind schon heute häufig besser ausgebildet als Männer, trotzdem können sie kaum in Führungspositionen vordringen. Nicht nur angesichts des drohenden bzw. bereits wirksamen Fachkräftemangels wird überdeutlich, dass es Frauen selbstverständlich braucht - in allen Bereichen. Und dazu müssen ihnen die Türen geöffnet werden – notfalls auch über gesetzliche Regelungen und Quoten, die Unternehmen wie Universitäten dazu verpflichten, Frauen gleichberechtigt zu beteiligen. Wir wollen zudem Anreize für Arbeitszeitverkürzungen schaffen und in allen Formen unterstützen, da dies ein wichtiger Schritt zu mehr Beschäftigung insgesamt ist – wenn ihn selbstverständlich auch und gerade Männer gehen.

Mädchen und Frauen müssen von Anfang an ermutigt und befähigt werden, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen – unabhängig davon, welches Rollenmodell sie für sich selbst wählen.

Migrantinnen brauchen dabei unsere besondere Unterstützung, damit sie ein selbstbestimmtes Leben führen können und Zugang zu allen Bereichen haben – auch an der Spitze von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik.

Care-Arbeit geht alle an!

Wir wollen, dass Frauen wie Männer Verantwortung für die kommenden wie die älteren Generationen übernehmen und meinen, dass sie dafür auch entsprechende infrastrukturelle Rahmenbedingungen und Unterstützung brauchen, um diese Arbeiten nicht einseitig zu Lasten der Frauen zu verschieben.

Modelle, die dazu beitragen, dass Pflege- und/oder Betreuungsarbeit – in der Regel zu Lasten von Frauen - weiter individualisiert werden, sind nicht geschlechtergerecht und angesichts des demographischen Wandels auch nicht zukunftsfest. Nötig ist im Gegenteil eine Professionalisierung und Humanisierung der Pflege. Mit dem Aufbau einer öffentlichen Infrastruktur in diesem Sektor - wie in den skandinavischen Ländern – entsteht nicht nur zusätzliche Beschäftigung, sondern Betreuung und Pflege kann auch so organisiert werden, dass sie nicht mit der Erwerbstätigkeit der pflegenden Angehörigen kollidiert und Wertschätzung in mehrfacher Hinsicht erfährt.